



Energiewende
Es grünt zu grün

Digitale Kompetenz
Bildungsaufbruch jetzt

Vermögens-Ungleichheit
Fakten kontern Meinungen



VBU®
Vereinigung Bergischer
Unternehmerverbände e.V.

Vereinigung Bergischer Unternehmerverbände e.V. – VBU®

Internet: www.vbu-net.de

E-Mail: info@vbu-net.de

Haus der VBU®, Wuppertal:

Wettinerstraße 11, 42287 Wuppertal; Postfach 20 01 53, 42201 Wuppertal

Telefon 0202 2580-0, Telefax 0202 2580-258

Geschäftsstellen:

Mönchengladbach:

Lüpertzender Straße 6, 41061 Mönchengladbach

Telefon 02161 24498-0, Telefax 02161 24498-33

Solingen:

Neuenhofer Straße 24, 42657 Solingen; Postfach 17 01 40, 42623 Solingen

Telefon 0212 8801-0, Telefax 0212 8801-35

Mitgliedsverbände:

Verband von Arbeitgebern im Bergischen Land e.V. (VABI)

Arbeitgeberverband der Metallindustrie von Wuppertal und Niederberg e.V.

Arbeitgeberverband der chemischen Industrie im Bergischen Land e.V.

Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband Großhandel – Außenhandel – Dienstleistung Bergisch Land e.V.

Verband der Rheinischen Textil- und Bekleidungsindustrie e.V.

Arbeitgeberverband Solingen e.V.

Arbeitgeberverband der rechtsrheinischen und westfälischen Kalk- und Dolomitindustrie e.V.

Arbeitgeberverband der Deutschen Lederindustrie e.V.

Arbeitgeberverband der Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitenden Industrie Bergisch Land e.V.

Arbeitgeberverband für das Verkehrs- und Transportgewerbe im Bergischen Land e.V.

In Bürogemeinschaft:

Unternehmensverband der Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitenden Industrie Nordrhein e.V.

Impressum

© 2020

IW Medien GmbH, Köln · Berlin

Konrad-Adenauer-Ufer 21

50668 Köln

Autoren: Stephan Hochrebe (Energiewende, Handelspartner China, Digitale Kompetenz, Vermögens-Ungleichheit), Clara Walter (Bergische Universität)

Redaktion: Markus von Dreusche, Stephan Hochrebe, Frank R. Witte

Titelfoto: Siemens AG; neuartige Transformatoren wie diese ermöglichen die Übertragung von Höchstspannungs-Gleichstrom – wichtig gerade auch für die Energiewende.

Weitere Fotos: Adobe Stock (3, 12), Coroplast (3, 8), dpa Picture-Alliance (3, 16), krischerfotografie (3, 11), Rüdiger Nehmzow/Bergische Universität (14), Vereinigung Bergischer Unternehmerverbände e.V. (4, 6, 7)

Inhalt

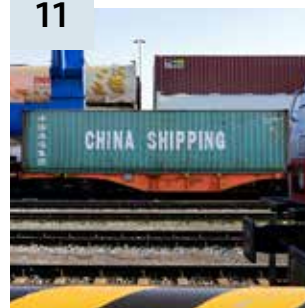
Unsere Verbandsgruppe Passgenauer Service in Krisenzeit	4
Energiewende Es grünt zu grün „Das Thema Klima neu bewerten“	8 10
Handelspartner China Was wird aus dem Hoffnungsträger?	11
Digitale Kompetenz Bildungsaufbruch jetzt	12
Bergische Universität Hochschule mit Strahlkraft	14
Vermögens-Ungleichheit Fakten kontern Meinungen	16
Organigramm	18

8



Energiewende

11



Handelspartner China

12




Digitale Kompetenz

16



Vermögens-Ungleichheit



Von Arbeitsrecht bis Nachwuchswerbung reicht das VBU-Angebot für die mehr als 600 Mitgliedsbetriebe.

Unsere Verbandsgruppe

Passgenauer Service in Krisenzeit

Wer hätte beim letzten Jahreswechsel geglaubt, dass drei Monate später die (Welt-)Wirtschaft in rasanter Weise auf eine nie gekannte Rezession zusteuert? Niemand. Dennoch steht schon heute fest: Das Corona-Virus wird unser Leben einschneidender prägen und beeinflussen als die Lehman-Pleite vor zwölf Jahren. Während seinerzeit primär „nur“ die Bank- und Finanzwelt betroffen waren, sind heute in der Realwirtschaft sowohl auf der Angebots- wie auch auf der Nachfrageseite über viele Branchen hinweg tiefgreifende Störungen zu verzeichnen. Wenn Geschäfte nicht öffnen (dürfen) und Umsätze verlieren und Verbraucher andererseits um ihren Arbeitsplatz bangen und Sozialkontakte möglichst einschränken sollen, stehen beide Seiten als Verlierer da.

Sukzessive Einschränkungen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens

Die Entwicklung liest sich wie folgt: Mangels verfügbarer Medikamente gegen das Corona-Virus können Experten derzeit primär nur auf eine Verlangsamung der Ausbreitung der Erkrankung setzen. Dies wiederum führte zunächst zu mehrwöchigen Schul- und Kita-Schließungen, die berufstätige Eltern und deren Betriebe vor nicht unerhebliche praktische Schwierigkeiten stellten.

Infolge des weiteren Verbots größerer Menschenansammlungen mussten wenig später Läden, Restaurants etc. schließen. Arbeitnehmer, die aus bekannten Corona-Hotspots einreisten, wurden teilweise unter Quarantäne gestellt, ebenso wie solche Personen, die Kontakte zu Infizierten hatten. Dass bei einer Pandemie in einer globalisierten Welt mit Just-in-time-Produktionen zudem irgendwann Lieferketten unterbrochen werden, darf niemanden verwundern. Inzwischen stehen zahlreiche Unternehmen still, zumal es – wie zum Beispiel in der Automobilindustrie – zusätzliche Absatzschwierigkeiten gibt. Ebenso wird klar, dass sich an der skizzierten Situation so rasch nichts ändern wird. Durch (Ein-)Reiseverbote und Eventabsagen stehen Airlines, die Tourismusbranche, Kulturschaffende, ja selbst erfolgsverwöhnte Fußball-Clubs vor Verwerfungen, wenn „Geisterspiele“ oder gar ein vorzeitiges Saisonende drohen.

Schnelles Eingreifen der Politik

Urplötzlich steht jedenfalls nach zehn erfolgsverwöhnten Jahren mit signifikanten Entgeltsteigerungen jetzt das Thema „Existenzsicherung“ wieder auf der Tagesordnung der Politik. Die Bundesregierung hat Mitte

März reagiert und als wichtigste Maßnahme die Regeln zur Gewährung von Kurzarbeitergeld rückwirkend ab 1. März 2020 modifiziert. Durch Kurzarbeitergeld – als teilweisen Ersatz für den durch einen vorübergehenden Arbeitsausfall entfallenden Lohn – können Kündigungen vermieden und Belegschaften auch bei Auftragsausfällen weiter beschäftigt werden.

Die wichtigsten Neuerungen im Einzelnen:

- Anspruch auf Kurzarbeitergeld besteht, wenn mindestens 10 Prozent der Beschäftigten einen Arbeitsentgeltausfall von mindestens 10 Prozent haben.
- Bei Arbeitgebern anfallende Sozialversicherungsbeiträge für ausgefallene Arbeitsstunden werden zu 100 Prozent erstattet.
- Im Rahmen einer Flexibilisierung der Arbeitszeit kann auf den Aufbau negativer Arbeitszeitsalden verzichtet werden.

Deutlich gestiegener Informations- und Beratungsbedarf bei Unternehmen

Über diese und zahlreiche andere Entwicklungen – wie zum Beispiel Liquiditätshilfen, staatliche Bürgschaften oder Steuerstundungsmöglichkeiten – haben wir unsere Mitgliedsfirmen zum Teil tagesaktuell unterrichtet. Die Palette der Anfragen reichte von Krankschreibungen über Kurzarbeit, Weiterbildungsmöglichkeiten, Musterbetriebsvereinbarungen bis hin zur Stundung von Sozialversicherungsbeiträgen. Die Abrufzahlen der angebotenen Unterlagen haben dabei alles bisher Bekannte übertroffen. Insbesondere haben sich erstmals auch viele Mitglieder um einen Zugang zu unserem **ArbeitgeberNet** bemüht, einer Informationsquelle, die zuvor von ihnen noch gar nicht genutzt wurde (siehe unten).

Darüber hinaus muss trotz aller belastenden Umstände festgestellt werden, dass sich zumindest in Teilen wichtige Sozialpartner verantwortungsvoll mit den gegebenen Verhältnissen auseinandergesetzt haben. So wurde im Metallbereich keine weitere Entgelterhöhung bis zum Jahresende vereinbart. Und auch in der Chemischen Industrie wurden Vereinbarungen getroffen, mit denen kurzfristig sowohl die Liquidität der Unternehmen als auch die Beschäftigung der Arbeitnehmer gesichert werden sollen. Dies lässt hoffen, ebenso wie der Umstand, dass bei tiefgreifenden Konjunktur einbrüchen irgendwann auch ein sehr rascher Wiederaufbau durch Nachholeffekte eintreten kann.

Verbesserter Service der Verbandsgruppe:

ArbeitgeberNet neu strukturiert und erweitert

Noch einmal zurück zum ArbeitgeberNet, das unsere Verbandsgruppe seit vielen Jahren den Mitgliedsfirmen zusätzlich zum Internetauftritt der Vereinigung Bergischer Unternehmerverbände e.V. (www.vbu-net.de) anbietet. Es dient der Unterstützung unserer Mitgliedsunternehmen im Rahmen ihrer täglichen Arbeit. Dabei werden aktuelle Rundschreiben aus den Bereichen Tarif-, Sozial- und Arbeitsrecht, Themen der aktuellen Rechtsprechung, Arbeitswirtschaft, Arbeits- und Gesundheitsschutz, Aus- und Weiterbildung sowie umfangreiche Personalunterlagen zur Verfügung gestellt.

Zur Verbesserung unseres Angebotes haben wir das ArbeitgeberNet neu strukturiert und erweitert. Hinzugekommen ist der „Tipp der Woche“, der aktuelle Themen wöchentlich aufgreift und Arbeitsmaterialien in Form von Checklisten, Mustern oder Anleitungen anbietet. Als digitales Nachschlagewerk können unsere Mitgliedsunternehmen in der Kategorie „VBU® Wissen“ ausführliche Informationen zu verschiedenen arbeitsrechtlichen und arbeitswirtschaftlichen Themen auf zusammengekommen über 1.000 Seiten nachlesen oder downloaden. Die Kategorie wird entsprechend der laufenden Rechtsprechung regelmäßig aktualisiert. Wie bisher sind

zudem alle Rundschreiben und die aktuellen Tarifverträge zugänglich. Darüber hinaus sind in der Kategorie „Betriebsvereinbarungen“ viele Muster zu unterschiedlichen Themen abrufbar. Die Kategorie „Personalunterlagen“ wurde thematisch neu geordnet. Darunter finden sich Arbeitsvertragsmuster bezüglich ausgewählter Themenbereiche, Zusatzvereinbarungen, verschiedene Checklisten und Informationen zur Personalarbeit, zum Gesundheitsschutz sowie zur Arbeitszeit, die betrieblich genutzt werden können. Die Vertragsmuster werden bei Änderungen der Rechtsprechung und der tariflichen Regelungen angepasst. Damit sind nunmehr sämtliche Personalunterlagen im ArbeitgeberNet zum Arbeitsrecht und zu Themen der Arbeitswirtschaft unter einer Kategorie zu finden.

Zusätzlich steht unseren Mitgliedsunternehmen ein umfangreiches und erweitertes Umfrage- und Statistik-Modul zur Verfügung. Es ermöglicht ihnen bei der Beteiligung an einer Umfrage das unmittelbare Auswertungsergebnis einzusehen. Alle von uns angebotenen Informationsveranstaltungen können über ArbeitgeberNet in der Kategorie „Veranstaltungen“ gebucht werden. Präsentationen unserer Informationsveranstaltungen und zu diversen Grundlagenthemen sind zeitnah nach der Veranstaltung abrufbar.

Bergischer Unternehmertag zeigt Szenarien für die Zukunft

„Utopien!“ lautete das Thema des Bergischen Unternehmertages 2019. Rund 350 Gäste aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft konnte die Vereinigung Bergischer Unternehmerverbände (VBU®) in der Historischen Stadthalle Wuppertal begrüßen. Die Tagung wird alle zwei Jahre von der VBU® gemeinsam mit dem Arbeitgeber-Verband von Remscheid und Umgebung durchgeführt.

Der Bergische Unternehmertag widmete sich thematisch Zukunftsszenarien und Utopien, die immer schneller Realität werden. Autonome Mobilität, 3D-Druck, Cobots, Big Data und Künstliche Intelligenz spielen bereits heute eine Schlüsselrolle. Sie beeinflussen mit ihrem Potenzial Geschäftsmodelle, Produktionsverfahren und unsere Arbeitswelt.



Von links: Prof. Tobias Meisen, Dr. Andreas Groß, Dietmar Bell, MdL, Oliver Zander, Rolf. A. Königs, OB Andreas Mucke, Prof. Julian Nida-Rümelin, Dr. Klaus-Peter Starke, Jürgen Schneider, Prof. Wolfgang Kleibrink, Frank R. Witte, Moderatorin Anke Plättner

Zehn Schulen mit Berufswahl-SIEGEL ausgezeichnet

Die VBU® koordiniert die Ausschreibung des Berufswahl-SIEGELS in Wuppertal, Solingen, Remscheid und dem Nordkreis Mettmann. Das Verfahren wird in Zusammenarbeit mit den Industrie- und Handelskammern, den Kreishandwerkerschaften, den Agenturen für Arbeit und dem Arbeitgeber-Verband Remscheid alle zwei Jahre durchgeführt. Zertifiziert wurden im Rahmen eines Bewerbungs- und Bewertungsverfahrens Schulen, die sich durch eine vorbildliche berufliche Orientierung auszeichnen. Im letzten Jahr konnten wir insgesamt zehn Schulen mit dem Berufswahl-SIEGEL auszeichnen. Erstmals haben die Hauptschule Barmen-Südwest Wuppertal, die Alexander-Coppel-Gesamtschule aus Solingen und das Förderzentrum Nord aus Velbert das Berufswahl-SIEGEL erhalten. Turnusgemäß wurden nach vier Jahren weitere sieben Schulen rezertifiziert. Die nächste Zertifizierungsrunde wird im Schuljahr 2020/2021 durchgeführt.

Berufsfelderkundungen – Interesse wecken, Perspektiven zeigen

Die VBU® arbeitet aktiv in den Steuerungsgremien und Beiräten Schule/Berufe mit. Diese koordinieren die Aktivitäten der Landesinitiative „Kein Abschluss ohne Anschluss“. Die Berufsfelderkundung ist hier ein maß-

geblicher Baustein, die jeweils kommunal umgesetzt wird. Jugendliche bekommen hier die Möglichkeit, Ausbildungsberufe bereits frühzeitig kennenzulernen. Sie soll neben weiteren Maßnahmen im Rahmen der Landesinitiative eine erste Orientierungshilfe sein und unterschiedliche Berufsbilder näherbringen. Im Kern geht es darum, einen ersten realen Einblick in die Berufs- und Arbeitswelt zu gewähren, bei dem die Schüler an einem Vormittag auch selbst tätig werden dürfen und mit Auszubildenden und Ausbildern ins Gespräch kommen. So wurden etwa in Wuppertal über eine zentrale Buchungsplattform 2019 knapp 1.500 Plätze angeboten. Für Informationen und die Möglichkeit, Berufserkundungsplätze einzustellen, sind im Verbandsgebiet der VBU folgende Internetplattformen eingerichtet:

Stadt Wuppertal:

www.bfe.wuppertal.de

Kreis Mettmann:

www.berufsfelderkundung-me.de

Stadt Remscheid:

www.berufsfelderkundung.remscheid.de

Stadt Solingen:

www.solingen.bfe-nrw.de

Stadt Mönchengladbach, Kreis Viersen, Stadt Krefeld:

www.fachkraefte-fuer-morgen.de

Was müssen Unternehmen und Beschäftigte nun im Blick haben, um den Wandel erfolgversprechend zu begleiten und für sich zu nutzen? Wie können oder sollen die Sozialpartner die Veränderungen (mit)gestalten und wie gelingt eine digitale Arbeitswelt, die breite Akzeptanz findet? Das waren die zentralen Fragen der Veranstaltung.

In einem Impulsvortrag stellte Professor Julian Nida-Rümelin, der sich intensiv mit den entscheidenden Aspekten einer digitalen Arbeitswelt befasst, seine wichtigsten Erkenntnisse vor, die in zwei Diskussionsrunden vertieft wurden: Wie sich Künstliche Intelligenz, Digitale

Transformation und Zukunftstechnologien in der Praxis bewähren, besprachen beispielhaft Professor Tobias Meisen, Bergische Universität Wuppertal, und Dr. Andreas Groß, Geschäftsführer der Berger Gruppe, Wuppertal. Die Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen und was die Tarifpartner tun können, bewerteten und analysierten Oliver Zander, Hauptgeschäftsführer Gesamtmetall und Dietmar Bell, MdL und Vorsitzender der Enquetekommission „Digitale Transformation der Arbeitswelt in NRW“ in einer weiteren Gesprächsrunde. Moderiert wurde die Veranstaltung von der TV-Journalistin Anke Plättner (Phoenix Runde).

„Der Bergische Unternehmertag lieferte zu Zeitfragen der technologischen Entwicklung und der Digitalen Transformation Informationen und zeigte Perspektiven auf. Wir wollten gemeinsam herausfinden, wo wir stehen und was getan werden muss, um neue Chancen für unsere Unternehmen und Beschäftigten zu erschließen.“

Rolf A. Königs, Vorsitzender der Vereinigung Bergischer Unternehmerverbände



*„Corona zeigt uns,
wo die wahren
Engpässe in unserer
Welt liegen.“*

*Natalie Mekelburger,
Vorsitzende der Geschäftsführung der Coroplast Group*



Energiewende

Es grünt zu grün

Braucht die Energiewende einen Neustart? Jetzt noch, 20 Jahre nach Verabschiedung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG)? Der im Jahr 2000 vorgegebene Fahrplan hin zu mehr Klimanutzen ist jedenfalls ganz schön in Unordnung geraten, nicht nur bei den Kosten. Coroplast-Chefin Natalie Mekelburger beispielsweise steht mit ihrem Urteil nicht allein, wenn sie sagt: „Bei der jetzigen europäischen und deutschen Klimapolitik stehen Aufwand und Nutzen in keinem Verhältnis zueinander“ (siehe auch Folgeseite).

Von wegen „schöne neue Energie-Welt“: E-Autos, Wärmepumpen, die Digitalisierung der Industrie und auch das Internet sorgen für massiv steigenden Stromverbrauch, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Gleichzeitig steht jedoch der Ausstieg aus der Kohle- und Kernenergie bevor. Ersetzt werden sollen sie vor allem durch erneuerbare Energien – aus Wind, Wasser, Sonne, Biomasse. Doch deren Ausbau kommt langsamer voran als gedacht. Einige irritierende Fakten zur Energiewende.

Windkraft-Ausbau stockt. Windkraft wird immer wichtiger für die Stromerzeugung hierzulande. Knapp 30.000 Windkraft-Anlagen gibt es laut Bundesverband Windenergie in Deutschland. Doch im Jahr 2019 sind nur 243 Anlagen hinzugekommen und 2018 waren es auch nur 538. „Bremsend wirken gerade auch viele Klagen von Protestlern“, stellt die Fachagentur Windenergie fest, ein von Bund, Ländern, Kommunen, Branchen- und Umweltverbänden getragener Verein mit Sitz in Berlin. Häufig seien die Kläger früh alarmiert, haben Flächennutzungspläne und Genehmigungsverfahren im Blick – und opponieren gegen Anlagen, die noch nicht gebaut sind. Zumeist geht es um den vermeintlichen Schutz von Flora und Fauna oder um Mindestabstände zu Wohnbebauung. Die klare Mehrheit der Gesamtbevölkerung befürwortet jedoch den Windkraft-Ausbau. Das belegt eine Reihe von Umfragen, darunter die aktuelle Umweltbewusstseinsstudie des Bundesumweltministeriums.

Klar ist: Es fehlt Rechtsicherheit, um Unwägbarkeiten für bestehende Anlagen und unnötige Verzögerungen bei der Realisierung neuer Projekte zu verhindern. Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil kommentiert das so: „Jedes halbwegs relevante Infrastrukturprojekt kann sich in Deutschland mittlerweile zu einem Generationenprojekt ausweiten. Unsere Nachbarn – etwa die Niederlande – zeigen, es geht auch anders.“

Hierzulande haben derweil mehrere Windfirmen entweder Insolvenz angemeldet, mit Stellenabbau begonnen oder sogar Werke geschlossen. Rund 40.000 Jobs verlor die Branche in den letzten zwei Jahren. Mancher prognostiziert ihr ein ähnliches Schicksal wie der aus Deutschland fast verschwundenen Solarbranche. Hinzu kommt: Die ersten älteren Windkraftanlagen fallen in nächster Zeit planmäßig aus der bis dahin üppigen EEG-Förderung heraus.

Stromproduktion überlastet Netze. Ökostrom fließt zwar nur, wenn es die Natur so will – aber wenn, dann besteht die Gefahr eines Kollapses der Stromnetze. Solch kritische Situationen gab es 2019 gleich mehrmals. Sie konnten nur überwunden werden, weil es gerade noch einmal gelang, die Überproduktion in Nachbarländer abzuleiten. Das allerdings lassen sich die dortigen Abnehmer gut bezahlen. Unterm Strich gab es im vergangenen Jahr 232 Stunden mit sogenannten negativen Strompreisen. Allein am Pfingstsonntag 2019 waren für die „Entsorgung“ von Strom 40 Millionen Euro fällig. Obendrein wurden die Betreiber grüner Anlagen und konventioneller Kraftwerke wechselweise für Lieferstopps entlohnt.

Netzausbau lahmt. Um große Mengen Windstrom von Nord nach Süd transportieren zu können, sind sogenannte Stromautobahnen nötig. Doch deren Ausbau lahmt – gerade auch wegen vielfältiger Bürgerproteste. Ursprünglich sollten die deutschen Hochspannungstrassen Ende 2022 fertig werden, wenn die letzten deutschen Atomkraftwerke vom Netz gehen. Mittlerweile soll die erste große Trasse 2024 in Betrieb gehen, die anderen sollen 2025 oder 2026 folgen. Dass die Zeit drängt, zeigt sich am Beispiel Nordrhein-Westfalens: Noch exportiert das Land viel Strom in die Nachbarschaft. Doch mit dem

Europäischer Emissionshandel (ETS)

Der europäische Emissionshandel begrenzt den Ausstoß von klimaschädlichen Treibhausgasen für die europäische Industrie und Energiewirtschaft. Jedes Jahr sinkt die Menge der Emissionsrechte. Diese Emissionszertifikate können die Unternehmen handeln und dadurch ergibt sich ein Preis für CO₂. Deshalb werden dort zuerst Emissionen vermieden, wo dies am kostengünstigsten möglich ist.

Rückbau des Kohlestroms wird sich das ändern: NRW ist dringend auf den Netzausbau angewiesen, um künftig auch Strom importieren zu können.

Strompreis kontra Standort. Die Stromkosten gelten heute als ein wesentlicher Standortnachteil für Deutschland – und als ein hausgemachter zudem: Schon heute entfallen über 50 Prozent des Strompreises auf Steuern, Abgaben und Umlagen. Daran ändert auch die mit dem Klimaschutzpaket der Bundesregierung beschlossene Entlastung bei der EEG-Umlage nur wenig. Die Umlage allein macht heute rund ein Fünftel des Strompreises aus und ist so hoch wie die kompletten Stromkosten in den USA oder in China. Zu schaffen macht sie Privathaushalten, aber auch den 95 Prozent nicht entlasteten Unternehmen hierzulande – darunter viele mittelständische Betriebe. Eine Folge: Investitionen in heimische Standorte werden ausgebremst, Auslandsstandorte attraktiver.

E-Autos noch keine echte Lösung. Batteriebetriebene Pkw bringen keine schlagartige Umweltentlastung. Denn zum einen beziehen sie auch künftig einen großen Teil des Stroms aus konventionellen Kraftwerken. Und zum anderen bergen die Erzeugung und Entsorgung von Batterien handfeste Umweltprobleme.

Kernkraft-Aus schädigt Umweltbilanz. Bis Ende 2022 sollen die letzten deutschen Kernkraftwerke abgeschaltet werden. Schließen müssen die entstehende Lücke auf

absehbare Zeit konventionelle Kraftwerke (Gas, Kohle) – und/oder es wird Atomstrom aus Frankreich oder Kohlestrom aus Polen importiert.

Konventionelle Energieträger attraktiver. Gelingt es Europa, seine konventionelle Stromproduktion nennenswert herunterzufahren, entlastet das die Weltmarktpreise für Kohle, Gas und Öl. Diese Energieträger werden dann für ärmere Länder noch attraktiver. Sie werden dann dort in Kraftwerken oder Motoren verheizt, die zumeist weit weniger effizient sind als ihre modernen – aber möglicherweise eben stillgelegten – Gegenstücke hierzulande.

Was also tun? Die Liste der Vorschläge reicht von einer Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke über die Speicherung von Ökostrom und CO₂ bis hin zur Ausweitung des Handels mit Emissionszertifikaten (siehe auch Kas-ten). Wie es auch immer kommt – von einer Energie-wende mit Hand und Fuß dürfte nicht nur die Umwelt profitieren. Ebenso zu den Gewinnern gehören beispielsweise die Maschinen- und Anlagenbauer hierzulande. Schließlich bieten sie ressourcen- und umweltschonende Technik, die weltweit gefragt ist: Ob Windkrafträder, Abwasseranlagen, Mess- und Steuertechnik oder Abgasreinigungssysteme – im Bereich Umweltschutzgüter und -dienstleistungen war Deutschland laut Umweltbundesamt bis zum Jahr 2014 sogar Weltmarktführer. Seither ist es übrigens China. Auch wenn es beim Umweltschutz dort zum Teil gewaltig hapert.

„Das Thema Klima muss neu bewertet werden“

Von Natalie Meikelburger, Vorsitzende der Geschäftsführung der Coroplast Group, Wuppertal

Bei der jetzigen europäischen und deutschen Klimapolitik stehen Aufwand und Nutzen in keinem Verhältnis zueinander. Noch schlimmer wird es dadurch, dass nationale Gesetze wie die garantierte Vergütung von eingespeistem Ökostrom oder der Kohleausstieg mit EU-weiten Maßnahmen konkurrieren und sich sogar gegenseitig aufheben.

Der „Green Deal“ muss ja erst noch mit Inhalten gefüllt werden. Darin steckt die Chance, dafür zu sorgen, dass er nicht missbraucht wird, also nicht sanktioniert oder Wettbewerbsverzerrungen und staatlichen Dirigismus fördert, sondern marktwirtschaftlich gestaltet wird. Dazu gehört eine Ausweitung des europäischen Emissionshandels ETS auf weitere Industrien. So werden unökonomische Projekte in Frage gestellt anstatt alles, was vermeintlich dem 1,5 Grad-Ziel dient, blind umzusetzen. Das heißt aber auch, andere Belastungen abzuschaffen. Wenn wir die jetzigen Sanktionen und Subventionen in den ETS überleiten, können wir

schließlich auch mit präzisen Emissionszielen arbeiten und behalten gleichzeitig die Machbarkeit im Blick. Am Ende sollte Europa dann nur noch entscheiden, wie viel CO₂ es ausstoßen will. Das ist deutlich einfacher als die Diskussion über die Wirksamkeit bestimmter Sanktionsinstrumente oder welche Industrien wie belastet werden sollen.

Gerade in Zeiten von Corona wird doch sonnenklar, dass das Thema Klima neu bewertet werden muss. Wir können nicht so tun, als ob unendlich Ressourcen zur Verfügung stünden. Die Devise kann nur heißen, die zur Verfügung stehenden Mittel möglichst sinnvoll einzusetzen, und der beste Ort für diese Lösungen sind weder die Schreibtische der Bürokraten noch die Parlamente, sondern einzig und allein der Markt. Bei allem aber fürchte ich, dass wir derzeit genug andere Sorgen haben. Corona zeigt uns, wie wichtig funktionierende Gesundheitssysteme sind und wo die wahren Engpässe in unserer Welt liegen.

Handelspartner China

Was wird aus dem Hoffnungsträger?



Lange galt China als Hoffnungsträger auch der deutschen Wirtschaft. Doch die Vorzeichen haben sich geändert, derzeit. Das liegt neben der Corona-Krise vor allem an einer immer häufiger politisch gesteuerten chinesischen Wirtschafts- und Investitionspolitik.

Starke wirtschaftliche Folgen der Corona-Epidemie

Die Corona-Epidemie – ihre wirtschaftlichen Folgen sind ungleich größer als etwa die der SARS-Epidemie 2003, die ebenfalls von China ausging: Dort kühlte die Wirtschaft im ersten Halbjahr ab, wuchs dann aber sogar im Vergleich zum Vorjahr. Für Deutschland und andere EU-Länder gab es damals kaum Auswirkungen – unter anderem, weil die Verflechtungen mit China viel geringer waren: Im Jahr 2003 lag China noch auf Rang 10 der für Deutschland wichtigsten Importstaaten. In 2019 dagegen war das Land bereits im vierten Jahr in Folge unser wichtigster Handelspartner. Zudem ist Deutschland über „Vorleistungskaskaden“ indirekt mit China verbunden, etwa, weil Automobil-Zulieferbetriebe in anderen EU-Staaten ihrerseits Komponenten aus China verbauen.

Chinesische Außenhandelspolitik produziert Negativ-Schlagzeilen

Ein anders gelagertes Thema ist die Außenhandelspolitik: Das Reich der Mitte hat auf diesem Gebiet in letzter Zeit viele Negativ-Schlagzeilen produziert. Ein Beispiel dafür ist der Ausbau der „Seidenstraße“ – ein chinesisches Jahrhundert-Projekt – zum allzu einseitigen Vorteil chinesischer Betriebe. Debatten ausgelöst hat auch der Aufkauf von Hightech-Firmen in Deutschland und Europa durch chinesische Investoren. Deren Direktinvestitionen

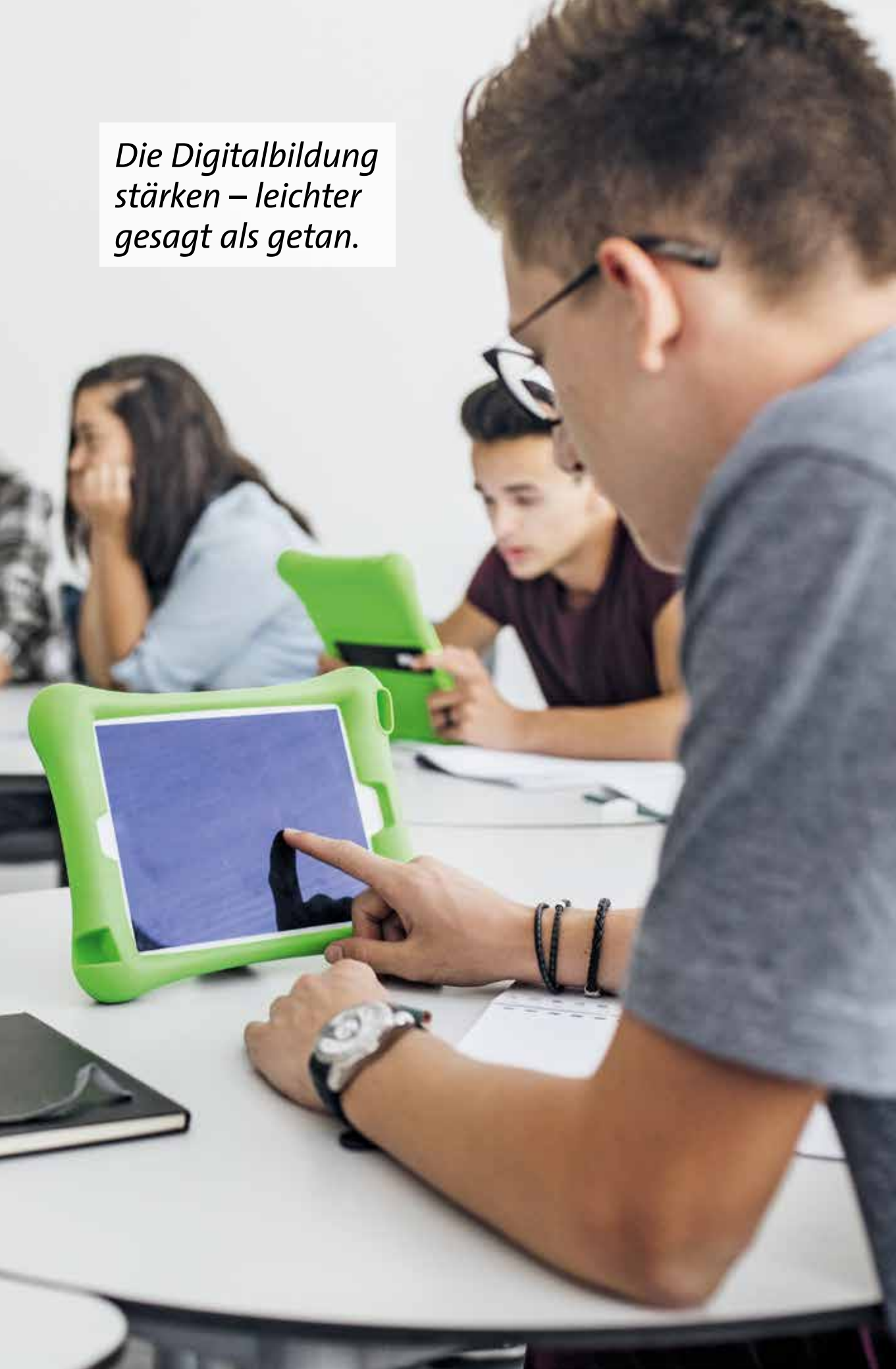
haben sich seit 2010 nahezu verachtfacht auf rund 8 Milliarden Euro (2017, aktuellste Zahlen). Damit ist China zwar noch ein vergleichsweise kleiner Akteur – aus den USA kommen Investitionen im Wert von 98 Milliarden –, doch die Sorge wächst, zumal vollmundige Versprechen etwa zum Arbeitsplatzertand auch nicht immer eingehalten wurden.

Abschottungspolitik am Pranger

Ungewöhnlich hart ins Gericht mit der Regierung in Peking ging zuletzt etwa der Verband deutscher Maschinen- und Anlagenbauer (VDMA). Er betont, staatliche Förderungen und Abschottungsmechanismen trügen maßgeblich zu einem unfairen Wettbewerb zwischen deutschen und chinesischen Maschinenbauern bei. Der VDMA – er vertritt eine der exportstärksten Branchen hierzulande – appelliert daher an Deutschland und die EU, ihre handelspolitischen Instrumente zu überprüfen „und, wo notwendig, den neuen Gegebenheiten im Verhältnis zu China neu anzupassen“. Für China müssten dieselben internationalen Handelsregeln gelten wie für Deutschland oder die EU.

Klar ist: Spätestens nach der Corona-Krise dürfte das Thema China wieder auf den Tisch kommen. Keinesfalls sollten allerdings alle Türen zugeschlagen werden. Schließlich verdankt gerade auch Deutschland seinen Wohlstand wesentlich seiner Offenheit gegenüber dem Weltmarkt – auch in Richtung China. Aber unfaire Handelspraktiken müssen deshalb nicht in Kauf genommen werden. Am besten zu kontern sind sie im europäischen Verbund.

*Die Digitalbildung
stärken – leichter
gesagt als getan.*



Digitale Kompetenz

Bildungsaufbruch jetzt

Jeder dritte Achtklässler hierzulande verfügt nur über rudimentäre digitale Kompetenzen – hat also Schwierigkeiten, Informationen und Daten online zu recherchieren, technische Probleme zu lösen und online angemessen zu kommunizieren. Das zeigt die aktuelle ICILS-Studie, kurz International Computer and Information Literacy. Damit landet Deutschland international gerade mal im guten Mittelfeld. Obendrein kommen die Experten zu dem Ergebnis, dass sich an den Befunden in den letzten fünf Jahren praktisch nichts geändert habe. Dabei sind digitale Kompetenzen heutzutage wichtiger denn je zuvor – im Privat- wie im Arbeitsleben.

Schließlich haben mittlerweile praktisch alle Berufe in irgendeiner Weise mit digitalen Anwendungen zu tun – ob im Büro, im Gesundheitswesen oder im Anlagen- und Maschinenbau. Allein die Anzahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Personen in IT-Facharbeiterberufen ist von Ende 2012 bis Ende März 2019 um 43 Prozent gestiegen. Das zeigen Erhebungen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW).

Lehrer fehlen – nicht nur im Bereich IT

Was also tun, damit der Nachwuchs hierzulande besser auf die Anforderungen durch die Digitalisierung vorbereitet wird? Dazu IW-Bildungsexperte Prof. Axel Plünnecke: „Zur Stärkung der digitalen Bildung sollten Schulen ihren IT-Unterricht ausbauen.“ Das ist leichter gesagt als getan. Denn für die Einführung eines Wahlpflichtfaches Informatik ab der achten Klasse beispielsweise entsteht nach Angaben des Stifterverbands ein zusätzlicher Bedarf in Höhe von 4.000 IT-Lehrern. Gäbe es Informatik als Pflichtfach schon ab der Grundschule, stiege der Bedarf um 24.000 IT-Lehrkräfte.

Das unterstreicht: Wichtiger denn je ist nicht zuletzt auch eine umfassende Lehreraus- und -fortbildung, zumal künftig eher mit insgesamt sinkenden Lehrerzahlen zu rechnen ist. Dies illustriert der MINT-Herbstreport des IW, der sich auf verschiedene Studien stützt. Sie zeigen, dass sich beispielsweise in NRW die Zahl der sogenannten MINT-Lehrkräfte in den Sekundarstufen I und II bis zum Schuljahr 2025/26 halbieren wird. In den ostdeutschen Ländern soll die Situation noch dramatischer ausfallen. Kein Wunder, dass mehr Quer- und Seiteneinsteiger die Lücken füllen müssen, wobei eine Begleitung der Seiteneinsteiger durch eine gezielte hochwertige pädagogische Qualifizierung geboten ist.

Bei den Bildungsausgaben hapert es

Auch in Sachen Finanzmittel hapert es bislang: Zwar bekennt sich die Bundesregierung seit Jahren zum Ausbau der „Bildungsrepublik“. Doch die Bereitschaft, auch viel offensiver als bislang in den Bereich zu investieren, scheint begrenzt. So haben sich laut aktuellem Bildungsfinanzbericht die Bildungsausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden in absoluten Summen zwar kontinuierlich erhöht. Doch der Anteil der öffentlichen Ausgaben für Bildung am Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist seit zehn Jahren fast unverändert; für 2019 lag er nach vorläufigen Zahlen bei 4,3 Prozent. Hinzu kommt: Verfügbare öffentliche Fördermittel für die Schulen werden von den Kommunen oft nur sehr schleppend abgerufen.

„Die Priorität von Bildung ist insgesamt nicht ausreichend gestiegen“, sagt IW-Experte Plünnecke. „Deutschland braucht endlich einen richtigen Bildungsaufbruch.“ Das gelte gerade auch mit Blick auf die Schulen. Bei deren Ausstattung setzt der „Digitalpakt Schule“ zwar bereits an. Über einen Zeitraum von fünf Jahren sieht dieser Investitionen in Höhe von fünf Milliarden Euro in die Infrastruktur vor – also beispielsweise in sicheres WLAN, Tablets und andere Geräte. Um alle Schulen fit für die Zukunft zu machen, wird das aber bei Weitem nicht reichen: Für die Digitalisierung und weitere Herausforderungen des Bildungssystems wie Integration und Inklusion braucht es mehr Personal, Qualifizierung und multiprofessionelle Teams.

Bessere Bildung zahlt sich für das ganze Land aus

Fest steht: Zusätzliches Engagement für (Schul-)Bildung wäre für ganz Deutschland eine erstklassige Zukunftsinvestition. Das untermauert eine aktuelle Studie des ifo Zentrums für Bildungsökonomik und der Universität Stanford: Bessere Schülerleistungen könnten demnach den zukünftigen Wohlstand Deutschlands spürbar erhöhen. Würden sich beispielsweise die Ergebnisse Deutschlands beim internationalen PISA-Bildungstest (2018: insgesamt knapp 500 Punkte) um 25 PISA-Punkte verbessern, würde die deutsche Wirtschaftskraft langfristig um über 7 Prozent steigen. Verfasst wurde die Untersuchung im Auftrag der Europäischen Kommission. Einige EU-Länder haben durch Reformen bereits eine Steigerung um 25 PISA-Punkte geschafft, darunter Polen und Portugal. Deutschland sollte dem mehr Aufmerksamkeit schenken – und mit seinem Bildungssystem vom besseren Mittelfeld endlich in die internationale Spitze vorrücken.



*Die Bergische Universität
pflegt eine enge Zusammen-
arbeit mit Betrieben in der
Region.*

Bergische Universität

Hochschule mit Strahlkraft

Forschung im Elfenbeinturm? Das war einmal. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Bergischen Universität in Wuppertal möchten gemeinsam mit außeruniversitären Akteuren das politische, kulturelle und wirtschaftliche Leben im Bergischen Land gestalten. Was das für die Zusammenarbeit mit Betrieben in der Region bedeutet – dazu einige richtungweisende Beispiele.

Konjunkturbarometer bietet passgenaue Managementinformationen

Seit 2018 macht sich die Bergische Universität Wuppertal auch durch die Erstellung eines Regionalen Konjunkturbarometers einen Namen. Quartalsweise befragen die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Unternehmen im Bergischen Städtedreieck zur konjunkturellen Entwicklung. Die Ergebnisse werden unter www.regionales-konjunkturbarometer.de kostenfrei zur Verfügung gestellt. Unternehmen, deren Produktionsstandorte und/oder Absatzmärkte eng mit dem Bergischen Städtedreieck verbunden sind, sollen basierend auf den Erhebungen der Universität bessere Managemententscheidungen treffen können. Unternehmen, die an der Umfrage für das Regionale Konjunkturbarometer teilnehmen möchten, erreichen über die oben genannte Webseite den Fragebogen. Sie erhalten zudem exklusive, branchenspezifische Auswertungen und können darüber hinaus verschiedene Benchmark-Funktionen nutzen, um ihre eigene Lage mit anderen Unternehmen in der Region zu vergleichen.

Ängste vor dem digitalen Wandel abbauen

Prof. Dr. Stefan Diestel kämpft gegen ein verbreitetes Phänomen an: Die Sorgen von Beschäftigten vor der Digitalisierung. „Große Teile der Belegschaft in den Unternehmen, die ich bislang begleitet habe, sorgen sich vor Fertigungssystemen, vor Software, vor Algorithmen, die man selber in Teilen nicht mehr nachvollziehen kann“, berichtet Diestel. Der 37-Jährige leitet den Lehrstuhl für Arbeits-, Organisations- und Wirtschaftspsychologie. Er betont: Im Prozess der digitalen Transformation ist es gerade auch für Entscheider und Personalverantwortliche wichtig, eine klare Kommunikation zu pflegen und neue Technologien zu erklären. Auch psychologisch müsse ein sogenannter Change-Prozess immer vorbereitet werden.

Das Team um Prof. Dr. Stefan Diestel will dazu Impulse in die betriebliche Praxis geben, Ängste vor der digitalen

Transformation abbauen und Chancen im Wandel eröffnen. Ein Beispiel: Im Rahmen eines umfassenden Projekts zu Gesundheitsmanagement und Organisationsentwicklungen in einem mittelständischen Energie- und Versorgungsunternehmen haben Diestel und sein Team zuletzt Lösungen für moderne Teamführung sowie für die Stärkung der persönlichen Leistungsfähigkeit, Gesundheit und Motivation der Mitarbeiter realisiert und evaluiert.

Altersgemischte Teams als Chance begreifen

Zudem bietet der Lehrstuhl öffentlich geförderte Trainings für Betriebe an. Im Projekt „Diversity Innovation Support Scheme“ (DINNOS) geht es darum, negative Auswirkungen der Altersstruktur einer Belegschaft auf die Innovationsleistungen zu verhindern oder sogar umzukehren. Unternehmen, die mehr erfahren wollen, können über die Internetseite der Bergischen Universität Kontakt zum DINNOS-Projekt aufnehmen.

Austausch-Plattform für Wissenschaftler, Betriebe und Studierende

Den unkomplizierten Austausch zwischen „Hidden Champions“ im Bergischen und Studierenden an Universitäten in NRW fördern soll die Online-Plattform DIVABRE: Ab Juni 2020 können Unternehmen auf der Plattform ihre datenbasierten Herausforderungen in sogenannten Data-Science-Challenges bereitstellen. Eine Herausforderung in diesem Sinne besteht aus einer klar umrissenen Aufgabenstellung und einer durch die Unternehmen beschriebenen Zielsetzung. Studierende aus der Region liefern – betreut durch wissenschaftliches Fachpersonal der Universitäten – fundierte Antworten. Verantwortlich für das landesweite Projekt ist der Lehrstuhl für Technologien und Management der digitalen Transformation unter der Leitung von Prof. Dr.-Ing. Tobias Meisen.

„Wir glauben, dass gerade kleine und mittlere Unternehmen von DIVABRE profitieren können“, erklärt Richard Meyes, der den Aufbau der Plattform als wissenschaftlicher Mitarbeiter vorantreibt. Häufig fehlen diesen Unternehmen Mittel für große Entwicklungsprojekte oder Expertise im Bereich Data Science. Gleichzeitig lernen die Betriebe über die Plattform engagierte Hochschüler kennen. Möglicherweise wird so ja zudem die Grundlage für die eine oder andere spätere Festanstellung gelegt – eine echte Chance für beide Seiten, nicht nur in Zeiten von Fachkräftemangel.



Mehr Wohlstand für alle – das geht vor allem durch bessere Integration in den Arbeitsmarkt.

Vermögens-Ungleichheit

Fakten kontern Meinungen

Selten liegen (Vor-)Urteile und Tatsachen so hartnäckig auseinander wie beim Thema sozialer Gerechtigkeit. Ob bei Meinungsumfragen oder am Stammtisch, der Tenor besteht aus Aussagen wie: „Die Einkommen in Deutschland sind ungerecht verteilt“, „Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst“, „Die Politik muss gegensteuern“. Die Fakten allerdings sprechen eine andere Sprache.

„Den Deutschen geht es mehrheitlich inzwischen deutlich besser als noch vor einigen Jahren. Auch die Verteilung der Einkommen und Vermögen ist relativ stabil“, sagt Maximilian Stockhausen, Verteilungsexperte im Institut der deutschen Wirtschaft (IW). Sein Team hatte sich das sogenannte Sozio-oekonomische Panel genauer angesehen – Deutschlands größte Langzeitstudie zu den Lebensverhältnissen im Land, erstellt von Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin. Tausende Menschen werden dazu regelmäßig befragt. Eine Übersicht der wichtigsten Ergebnisse:

Haushaltseinkommen stark gewachsen. Die Einkommen hierzulande steigen laut IW Jahr für Jahr: So legten die verfügbaren Haushaltseinkommen zwischen 1991 und 2017 (aktuellste Werte) im Durchschnitt um 20 Prozent zu. Dabei handelt es sich um das Geld, das nach staatlicher Umverteilung auf dem Konto ankommt und ausgegeben werden kann. Berücksichtigt sind etwa die Bezüge von Arbeitnehmern und Selbstständigen, Kapitalerträge, Mieteinnahmen und Renten. Spätestens seit 2013 profitierten so gut wie alle Einkommensschichten. Grund ist vor allem die jahrelang gute Lage auf dem Arbeitsmarkt: Viele Menschen fanden überhaupt erst Arbeit und die Löhne stiegen auch in Branchen mit ursprünglich niedrigerer Bezahlung, etwa am Bau und in der Pflege.

Auch für das ärmste Fünftel der Deutschen zogen die Einkommen kräftig an: So konnten sich ärmere Singles im Jahr 2009 durchschnittlich für 10.700 Euro im Jahr Waren kaufen. Im Jahr 2017 hatten sie dafür im Schnitt bereits 12.500 Euro in der Tasche. Und für eine ärmere vierköpfige Familie wuchs die Kaufkraft in demselben Zeitraum von 22.500 Euro auf 26.300 Euro.

Finanzieller Aufstieg auf breiter Basis. Vom ärmsten Fünftel schafften in den wirtschaftlich guten Jahren ab 2009 rund 60 Prozent den finanziellen Aufstieg nach oben, konnten also ihre Einkommen stärker steigern als andere.

Alles im grünen Bereich also? Nach wie vor sind 16 Prozent von relativer Einkommensarmut bedroht, haben also weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung. Der Anteil Betroffener – häufig Erwerbslose, Alleinerziehende und Menschen mit Migrationshintergrund – hat sich in den vergangenen Jahren kaum verändert. Dieser Befund gilt für Deutschland wie für die allermeisten Industriestaaten, untermauert eine aktuelle Studie der Bertelsmann-Stiftung. Wie sich das ändern ließe? Nachhaltig wohl nur durch eine bessere Integration in den Arbeitsmarkt.

Verteilung der Einkommen praktisch stabil. Die in der Expertensprache sogenannte Einkommensungleichheit hat sich seit dem Jahr 2005 nur wenig verändert, zeigen die IW-Berechnungen. Auch die Verteilung der Nettovermögen ist seit Mitte der 2000er Jahre stabil. Laut Bundesbank sank der Anteil der reichsten zehn Prozent sogar von 59 Prozent im Jahr 2010 auf 55 Prozent in 2017.

Die Soziale Marktwirtschaft funktioniert. Viele Deutsche ärgern sich über hohe Steuern und Sozialabgaben, die von ihrem Lohn abgezogen werden – bei Normalverdienern ist ein Drittel des Bruttolohns schnell weg. Dafür erhalten die Haushalte in der unteren Hälfte der Einkommensverteilung laut IW im Schnitt deutlich mehr vom Staat, als sie an diesen abführen: Die ärmsten 10 Prozent beziehen netto sogar fast 35 Prozent bzw. 4.420 Euro ihres Einkommens aus Transferzahlungen.

Alles in allem haben die Ausgaben der sozialen Sicherungssysteme (für Renten, Krankenkassen, Arbeitslosengeld etc.) inzwischen die Marke von 1 Billion Euro erreicht – im Jahr 1991 waren es „nur“ 400 Milliarden Euro. 2019 wuchsen die Sozialausgaben mit 4,6 Prozent sogar ein gutes Stück schneller als die Einnahmen und auch schneller als die Wirtschaftsleistung hierzulande. Das unterstreicht: Der Bogen darf nicht überspannt werden, auch nicht in Krisenzeiten wie jetzt.

Unterm Strich lässt sich festhalten: Das Bild einer ungebremst zunehmenden sozialen Schieflage hierzulande stimmt nicht. Trotz steigender Herausforderungen wie Globalisierung, Digitalisierung und demografischem Wandel ist es Deutschland mit seiner Sozialen Marktwirtschaft und umverteilenden Sicherungssystemen gelungen, Wohlstandsgewinne für breite Bevölkerungsschichten herzustellen.

Vorstand: Rolf A. Königs (Vorsitzender)
 Dipl.-Kfm. Jürgen Schneider (stellvertretender Vorsitzender)
 Jörg H. Iseke (Schatzmeister)

Geschäftsführung: Rechtsanwalt Frank R. Witte:
 (Sprecher)

Vorstandsrat: Dipl.-Kfm. Marcus Brinkmann
 Alexander Christians
 Dipl.-oec. Jan Peter Coblenz
 Dipl.-Ing. Horst Gabriel
 Jörg H. Iseke
 Rolf A. Königs
 Thomas Perterer
 Dipl.-Betriebsw. Frank Preißner
 Dirk Sachsenröder
 Dipl.-Kfm. Jürgen Schneider
 Dipl.-Kfm. Ralf Waltmann

Rechtsanwalt Dr. Klaus-Peter Starke:

Professor Dr. Wolfgang Kleinebrink:

Abteilungen:

Recht und Personalwesen: Assessor Michael Schwunk (Ltg.)
 Assessorin Jutta Ebsen
 Rechtsanwalt (Syndikusrechtsanwalt) Stefan Hinz
 Rechtsanwalt (Syndikusrechtsanwalt) Roland Joschko
 Rechtsanwalt (Syndikusrechtsanwalt) Kjell Arne Zähler (LL.M.)
 Assessorin Birgit Mathias (Mönchengladbach)
 Rechtsanwalt Dr. Holger Todisco (Solingen)

PR, Bildung, Statistik: Dipl.-Bw. Jürgen Steidel
 Dipl.-Soz.-Wiss. Elke Schneider

Arbeitswirtschaft: Dipl.-Ing., Dipl.-Wirt.-Ing. (FH) Achim Dahm
 Dipl.-Ing. Jana Scheve

Mitgliedsverbände:

	VABI	Metall Wuppertal/Niederberg	Chemie	Großhandel	Textil	Arbeitgeberverband Solingen
Vorstand	Dipl.-Kfm. Jürgen Schneider	Dipl.-Betriebsw. Frank Preißner	Dirk Sachsenröder	Dipl.-oec. Jan Peter Coblenz	Rolf A. Königs	Dipl.-Ing. Horst Gabriel
	Julia Niederdrenk	Dipl.-Ing. Michael Vitz	Dipl.-Kfm. Holger Lassen	Dr. Frank A. Trotz	Dipl.-Kfm. Markus Simon	Johannes G. Berger
	Dr. Andreas Eurich	André Bovenkamp			Dipl.-Kfm. Gangolf Kohn	Wolfgang Wüsthof
	Sven vom Feld				Dipl.-Ing. Markus Schmitz	
GF	RA Dr. Klaus-Peter Starke	RA Dr. Klaus-Peter Starke	RA Frank R. Witte	RA Frank R. Witte	Prof. Dr. Wolfgang Kleinebrink	RA Dr. Klaus-Peter Starke

Innere Verwaltung und Personalwesen, PR;
Unternehmensverband der Papier, Pappe
und Kunststoffe verarbeitenden Industrie
Nordrhein e.V.

Arbeitsmarktpolitik, Arbeitswirtschaft;
Allgemeine Tarif- und Bildungspolitik

Arbeits- und Sozialrecht;
Textilakademie NRW;
Lehrbeauftragter an der
Hochschule Niederrhein



VBU®
Vereinigung Bergischer
Unternehmerverbände e.V.

Innere Verwaltung: Kathleen Anderseck (Ltg.), Anna Andri, Carmen Eichmann

Kalk

Leder

Papier

Transport

Thomas Perterer

Dipl.-Kfm.
Marcus Brinkmann

Dipl.-Kfm.
Ralf Waltmann

Alexander Christians

Jörg H. Iseke

Dipl.-Betriebsw.
Axel Gümmer

Michael Feldhof

Olaf Hügelmeyer

Prof. Dr.
Wolfgang Kleinebrink

RA
Dr. Klaus-Peter Starke

RA
Frank R. Witte

Prof. Dr.
Wolfgang Kleinebrink



VBU®
Vereinigung Bergischer
Unternehmerverbände e.V.
www.vbu-net.de